



**Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter
betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III
(USR III)
vom 8. Mai 2014**

Die Kantonsratsmitglieder Gabriela Ingold, Unterägeri, Thomas Lötscher, Neuheim, und Leonie Winter, Hünenberg, haben am 8. Mai 2014 folgende Motion eingereicht:

Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt,

sich beim Bund mit aller Vehemenz für eine Revision der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III einzusetzen.

Begründung:

Der Bund hat im Dezember 2013 zur USR III einen Schlussbericht verfasst. Die Motionäre sehen in der in diesem Bericht dargestellten Stossrichtung eine Gefahr für den Föderalismus und die Zuger Standortqualität. Die NFA soll gemäss diesem Bericht zu einem späteren Zeitpunkt überarbeitet werden.

Grundsätzlich hat der Finanzausgleichsteil der NFA ein systemisches Problem, das möglichst zusammen mit der USR III einer Lösung bedarf; nämlich die grosse zeitliche Differenz zwischen den Bemessungs- und Auszahlungszeitpunkten.

Die Umsetzung der USR III wird jedoch für den Kanton Zug massive Veränderungen in Bezug auf die Zusammensetzung der Steuererträge sowie auf die Berechnung des Ressourcenpotenzials für die NFA mit sich bringen. Substantielle Ausfälle bei den Steuereinnahmen sind zu erwarten, während die NFA-Zahlungen infolge der Verschiebung auf der zeitlichen Achse noch drei Jahre auf hohem Niveau bestehen bleiben.

Gemäss Schlussbericht zur USR III will der Bund die Kantone je nach Ausgestaltung der Ersatz-Massnahmen für deren Ausfälle finanziell unterstützen. Das Anliegen des Kantons Zug muss sein, dass die Bundesgelder nicht nach Köpfen, sondern gemäss dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer der juristischen Personen verteilt werden. Eine Verteilung nach Köpfen hätte einen unfairen Giesskanneneffekt und würde die Geberkantone einmal mehr schröpfen.